

Eine nicht zu verschiebende Aufgabe

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333466>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wir haben hier im Anschluß an die Skizzierung der Maßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft die politischen Ergebnisse der Antikrisenpolitik vorweggenommen. In einem folgenden Artikel werden wir diese Antikrisenpolitik selbst in ihren verschiedenen Formen, als Geld- und Währungspolitik, als Anleihe-, Budget- und Steuerpolitik und vor allem als mächtigen Einsatz auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung schildern. Sie ist der Ausgangspunkt zu dem großartigen sozialen Reformwerk der schwedischen Koalitionsregierung von Arbeiterpartei und Bauernverband und sie enthält die Keime zu einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf lange Sicht unter Führung des Staates.

Eine nicht zu verschiebende Aufgabe

Von ***

Keine neue Gesellschaftsordnung kann sich durchsetzen, ohne daß dafür die wirtschaftlichen Möglichkeiten vorhanden sind, und ohne daß vorher wichtige Teile der Bevölkerung weltanschaulich für sie gewonnen wurden. Die englische und die französische Revolution lieferten den Beweis dafür. Sie waren entscheidende Akte in dem Entwicklungsprozeß, der an die Stelle des Feudalismus und Absolutismus im Verlauf von mehr als zwei Jahrhunderten die kapitalistische Gesellschaftsordnung setzte. Sie waren, wie Marx es schon in der »Neuen Rh. Ztg.« vom 15. Dezember 1848 so schlagend ausdrückte, keine englische und französische Revolution, sondern Revolutionen europäischen Stils, »der Sieg des bürgerlichen Eigentums über das feudale, der Nationalität über den Provinzialismus, der Konkurrenz über die Zunft, ... der Industrie über die heroische Faulheit, des bürgerlichen Rechts über die mittelalterlichen Privilegien«. In der englischen Revolution 1648 »war die Bourgeoisie mit dem modernen Adel gegen das Königtum, den Feudaladel und die herrschende Kirche verbunden. 1789 war die Bourgeoisie mit dem Volk verbunden gegen Königtum, Adel und herrschende Kirche«. Die Wirtschaftsentwicklung hatte bereits starke Ansätze der Bourgeoisie geschaffen, die sich an die Spitze der Bewegung setzten, um jene Eigentums- und Produktionsformen und jene konstitutionellen Verfassungen zu schaffen, die der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entsprechen. Es waren also Wirtschaftsinteressen und Wirtschaftsnotwendigkeiten, die der neuen Gesellschaftsordnung zum Siege verhalfen. Aber vorher und zugleich mußten ideologische Kräfte entstehen und machtvoll die Gehirne und Gemüter zum politischen Handeln entflammen, um die Wirtschafts- und Gesellschaftsumwälzung zu ermöglichen. Ohne die Aufklärer und Enzyklopädisten ist die Französische Revolution so wenig denkbar, wie die englische ohne die Presbyterianer und Independenten.

Als im Anfang dieses Jahrhunderts der Kapitalismus und die im Parlamentarismus gipfelnde Demokratie ihren Höhepunkt erreichten, hatten sich auch die sozialistischen Parteien in den Industriestaaten zu einem sozialen und geistigen Machtfaktor entwickelt, der zum

Hauptträger der zu einer neuen höheren Gesellschaftsform führenden Bewegung berufen schien. Namentlich in Deutschland hatte die Sozialdemokratie im Verein mit den Gewerkschaften ein Drittel der Gesamtbevölkerung um ihr Programm geschart, das nicht nur die nachdrücklichste Vertretung der gegenwärtigen Berufs- und Klasseninteressen der Hand- und Kopfarbeiter umfaßte, sondern auch den Aufbau einer neuen, gerechteren und die technischen Produktionsmöglichkeiten rationeller ausnützenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; der sozialistischen. Diese sozialistische Bewegung Deutschlands und der anderen Industriestaaten zog ihre Kräfte nicht nur aus der sozialen Not der breiten Massen und den offenbaren Mängeln und Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern mindestens ebenso sehr aus den geistigen und moralischen Faktoren ihrer Propaganda. Sie hatte aus der bürgerlich-revolutionären Aufklärung, die ihrerseits wieder aus der römischen und griechischen Literatur und dem Alten und Neuen Testament viele Inspirationen empfangen hatte, nicht nur alle humanitären Menschheitsziele übernommen, sondern deren religiöse, ethische und philosophische Begründung auch mit den Mitteln der modernsten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu untermauern versucht. Gründliche Untersuchungen im Geiste des historischen Materialismus, die in zahlreichen Büchern und Broschüren populär dargestellt wurden, schufen ein Bild der fortschreitenden Geschichts- und Menschheitsentwicklung, das die sozialistische Bewegung mit dem Pflichtgefühl und der stolzen Zuversicht der sozialen und sittlichen Welterneuerung erfüllte und ihr zugleich das geistige Rüstzeug zum Kampfe dafür lieferte.

Für den Nachkriegs-Sozialismus hätte sich freilich der für ihn so lebenswichtige Begriff der Geschichts- und Wirtschaftsforschung total verändern müssen. Wollte der 1914 durch den militärischen und politischen Zusammenbruch zum mitentscheidenden Einfluß gelangte deutsche Sozialismus den ihm zugefallenen Machtanteil behaupten und ausdehnen, so hätte er nicht nur die Herrschaftsinstrumente der Polizei und des Heeres, sondern auch die beherrschenden Positionen der Wirtschaft unter die Kontrolle einer zuverlässigen sozialen Demokratie bringen müssen. Dazu hätte mindestens noch die Verstaatlichung der Banken und der Großindustrie gehört. Aber für die Lösung dieser Aufgaben war der Sozialismus leider nicht vorbereitet, weil er im Grunde nur mit evolutionärer Entwicklung, nicht mit revolutionären Situationen gerechnet hatte. Er besaß weder in seinen eigenen Reihen die nötigen Sachverständigen und Praktiker, noch verstand er sie aus sympathisierenden Kreisen auszuwählen. Zu diesem Mangel an Kapazität und Selbstbewußtsein trat noch der Mangel an Autorität, da das Proletariat infolge des Kriegs und der bolschewistischen Experimente politisch gespalten war. So errang der deutsche Sozialismus nur einen Anteil an der Staatsverwaltung, während Agrarier, Großindustrielle und Finanzkapital die Wirtschaft nach ihrem Willen und ihren Klasseninteressen beherrschten und dadurch in immer neue wirtschaftliche, innen- und außenpolitische Krisen

stürzten, bis dadurch zuletzt dem Nationalsozialismus die Macht in die Hände gespielt wurde. Und das Unbegreifliche war, daß der Sozialismus zwischen 1914 und 1933 nicht wenigstens äußerste Anstrengungen machte, um sich vermittelst wirtschafts- und staatswissenschaftlicher Forschung die Fähigkeiten zur politischen Machteroberung und zum sozialistischen Aufbau anzueignen. Gewiß: schon die Anteilnahme an der Verwaltungsmaschinerie absorbierte eine Masse von Kräften, dazu überstürzten sich Wirtschafts- und Regierungskrisen derart, daß die Partei kaum je zur Besinnung kam. Trotzdem: wie konnte man glauben, daß die Handvoll von sozialistischen Nationalökonomern, Historikern und Staatswissenschaftlern, die man an den Hochschulen besaß, irgendwie genügen könnte, um dem Sozialismus das geistige Rüstzeug zur auch nur etappenweisen Eroberung und Erneuerung des Staates zu liefern. Dazu wären nicht ein paar Dutzend akademische Eingänger erforderlich gewesen, die von ihrer unendlich zahlreicheren kapitalistisch und nationalistisch eingestellten Kollegenschaft isoliert und an die Wand gedrückt wurden, sondern eine tausendköpfige, wohlorganisierte, systematisch zusammenarbeitende sozialistische Forschungskörperschaft, die für alle aktuellen Fragen der Wirtschaft, des Staates, für die Innen- und Außenpolitik und für alle Kulturprobleme die Lösungen hätte finden müssen. Gab es in diesen Jahren drängendere, größere Aufgaben als die Fragen der Sozialisierung, der Abtragung der Klassenprivilegien, der gerechteren Besteuerung, der internationalen Verständigung, der Ersetzung des Nationalismus, des Wiederaufrüstungs- und Revanche-Fanatismus durch einen wahrhaften Völkerbund und aufrichtige Friedensgesinnung? Aber dieser Kampf wurde konsequent und gründlich nur von einigen wenigen Sozialisten und Demokraten auf eigene Verantwortung geführt, nicht von der Partei und ihren Beauftragten; während die nur zu bald wieder erstarkte Bourgeoisie um so rücksichtsloser in die traditionelle großkapitalistisch-militaristische Politik des wilhelminischen Preußen-Deutschland einschwenkte.

Was für den Sozialismus Deutschlands galt, gilt heute vom Sozialismus aller Länder, wo noch demokratische Betätigungsmöglichkeiten existieren. Gleichviel ob es, wie es immer mehr den Anschein gewinnt, heute oder morgen zum neuen Weltkrieg kommt, oder ob der imperialistische und soziale Kampf zwischen Faschismus und Demokratie einstweilen noch in anderen Formen ausgetragen wird: dem heutigen Sozialismus sind unvergleichlich schwierigere und verantwortungsvollere Aufgaben zugefallen, als sie für den Vorkriegs-Sozialismus vorzuliegen schienen. Kommt es zum Krieg, so handelt es sich um die Schaffung der einheitlichen Abwehrfront aller demokratischen Länder; bleibt es bei dem Zustand des Wettrüstens und der Kriegsbedrohung, der den gegenwärtigen »Frieden« charakterisiert, so ist die Aufgabe der Kulturmenschheit und in erster Linie der Sozialisten, die faschistische Gefahr durch weltanschaulichen Kampf und soziale Reformen abzuwehren und zu überwinden. Für beide Eventualitäten ist aber ein Maß zeitgeschichtlichen Wissens innen- und außenpolitischer,

sozial- und militärpolitischer, massen- und völkerpsychologischer Art erforderlich, wie es der Sozialismus heute noch nicht entfernt besitzt. Der ernstlichste Versuch, diese Lücken seines Wissens und damit seiner Aktionsfähigkeit auszufüllen, sollte um keinen Tag verschoben werden.

Mit Recht hat sich der Sozialismus seit seinen Uranfängen zum Internationalismus bekannt. Nicht aus Ablehnung der Liebe zum eigenen Volke, sondern gerade aus wahrhaftigster Vaterlandsliebe. Kein Volk kann der Segnungen der modernen Zivilisation auf die Dauer teilhaftig werden, das sich nicht für die Erhaltung des Völkerfriedens und des wechselseitigen Güter- und Kulturaustausches einsetzt. Jedes Streben nach kontinentaler Vormacht oder Weltherrschaft muß bei dem heutigen Stande der Kriegstechnik und der Kriegscoalitionen mit dem allgemeinen Ruin und der Kulturvernichtung enden. Das Heil sämtlicher Nationen liegt also in der Völkerverständigung und der Friedenssicherung für alle. Wie viele Staatsmänner und Volksmehrheiten bekennen sich zu dieser Erkenntnis, aber wie wenige praktizieren eine Politik, die sie verwirklichen könnte! Haben nicht die Hauptträger und Garanten der Friedensverträge und des Völkerbundes diese Grundlagen des Völkergleichgewichts und der Friedenssicherung widerstandslos zerstören lassen? Warum? Weil sie unwissend und gleichgültig waren, weder die Interessen ihres eigenen Landes, noch die der Menschheit begriffen, weil sie keine Ahnung davon hatten, welch furchtbare Gefahren für Europa und die Welt in dem mitteleuropäischen Faschismus erwachsen. Selbst heute noch, wo Spanien und Ostasien bereits in Flammen stehn, wo die autarkische Kriegswirtschaft und der engstirnigste National- und Empireegoismus, wo Währungszerrüttung, Zollsperrungen und beständige Kriegsangst immer wieder Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit hervorrufen, fehlt es an Verständnis und gutem Willen für internationalen wirtschaftlichen Interessenausgleich und ehrliche kraftvolle kollektive Friedenssicherung. Aber auch der Sozialismus der einzelnen Länder, der die Notwendigkeit dieser überstaatlichen politischen und wirtschaftlichen Verständigung und Zusammenarbeit begriffen hat, wird in seiner Werbekraft für diese Fundamentalaufgaben der Gegenwart gelähmt, weil ihm häufig die intime Tatsachenkenntnis fehlt, die seinen Anklagen und seinen positiven Forderungen den unwiderstehlichen Appell verleihen würde.

Weil aber die Menschheit, selbst die der zivilisiertesten demokratischen Länder, noch allzusehr zerrissen ist, weil in und zwischen den Völkern trotz der Genfer Institutionen noch keine wissenschaftliche Forschung und kein gegenseitiger Rapport existiert, der bis zum Tage eine zuverlässige und gründliche Kenntnis aller wirtschaftlichen, politischen und seelischen Vorgänge vermittelt, müßte es unbedingt die Aufgabe des Sozialismus sein, durch kollektive Forschungsarbeit und rascheste Berichterstattung die Weltöffentlichkeit zu informieren und rechtzeitig zu entsprechenden Taten aufzurütteln. Wie anders hätte die Entwicklung sein können, wenn das englische und französische Volk samt dem der mittleren und kleineren demokratischen Staaten

rechtzeitig gewußt hätte, was sich in Deutschland und Italien in all den verflossenen Jahren vorbereitete. Die Regierungen der demokratischen Staaten hätten dann schwerlich dulden können, wie der Völkerbund und alle Friedenssicherungen zertrümmert wurden und der Faschismus zur weit schlimmeren Bedrohung des Weltfriedens wurde als selbst Wilhelm II., seine Minister und Generale.

Der sozialistische Forschungs- und Informationsdienst hätte zwei Aufgaben. Er hätte erstens alles zu sammeln und zu verarbeiten, was die bürgerliche Wissenschaft volkswirtschaftlich und staatswissenschaftlich hervorbringt. Aber so reichhaltig dies Material infolge der riesenhaften Ausdehnung und Kompliziertheit der heutigen Wirtschaft und des heutigen Staates und all seiner öffentlichen Organe geworden ist, so sehr bedarf es nicht nur der sichtenden, alles Wesentliche heraushebenden Verarbeitung, sondern auch der Ergänzung durch eigene Arbeit. Denn die Verwaltungen der Staaten, der Provinzen, der Kommunen liefern zwar, in demokratischen Ländern wenigstens, eingehende Berichte und detaillierte Statistiken, aber diese Statistiken sind häufig so aufgezogen, daß ihnen das sozial Wesentlichste über Steuerbelastung, Einkommens- und Vermögensverteilung beispielsweise erst durch mühselige Durcharbeitung und Ergänzung aus den Quellen entnommen werden kann. Das gleiche gilt von den Berichten der Handels- und Gewerbekammern, Banken, Trusts, Kartelle und großen Einzelunternehmungen. Man muß sich von vornherein darüber klar sein, daß der kapitalistische Staat und das kapitalistische Unternehmertum gar kein Interesse daran haben, das Funktionieren der Gesamtwirtschaft und ihrer Einzelglieder der Öffentlichkeit mit schonungsloser Klarheit darzustellen und dadurch dem »Neid der Besitzlosen« Nahrung zu geben und selbst den rechtlich denkenden Besitzenden Gewissensbedenken gegen ein System einzuflößen, das derartige soziale Gegensätze schafft und dadurch schließlich seine eigenen Funktionsmöglichkeiten in Frage stellt. Was aber die Plutokratie und die von ihrem Geiste beherrschten leitenden Spitzen der Bürokratie nicht interessiert, interessiert auch die Universitäten, technischen und Handelshochschulen nicht. Ihre Dozenten begnügen sich in ihrer weit- aus größten Mehrzahl damit, nur diejenigen volkswirtschaftlichen, sozialen, naturwissenschaftlichen, philosophischen und historischen Fragen und Probleme zu behandeln, die für die Bourgeoisie, insbesondere die Großbourgeoisie, lebenswichtig sind. Die Gelehrten, die Kritik an der bestehenden Gesellschaft, dem bestehenden Wirtschaftssystem zu üben wagen oder sich sonst in wirkliche Menschheitsprobleme vertiefen, haben die geringste Aussicht auf Beförderung und eine sorgenlose materielle Lage. Und da obendrein der Durchschnittsmensch, auch der Intellektuelle, sich den Umständen anzupassen liebt und ein gesichertes Einkommen zu schätzen weiß, bleibt dem Sozialismus gar nichts anderes übrig, als sich im größtmöglichen Stile seinen eigenen Forschungsapparat zu schaffen, der ihm in jedem Augenblick ein so scharfes Röntgenbild der Weltlage und der Lösung erheischenden

Weltprobleme liefert, daß er weiß, was er im nationalen wie im internationalen Bereiche zu tun hat.

Dieser Forschungsapparat müßte groß genug sein, um den an ihn zu stellenden Aufgaben zu genügen. Er müßte Hunderte, ja Tausende von geeigneten Persönlichkeiten umfassen, nicht nur Fachgelehrte, sondern auch qualifizierte Autodidakten, denn gleich Friedrich Engels haben ja in allen Ländern auch solche Autodidakten Hervorragendes geleistet. An brauchbaren Personen fehlt es in dieser Zeit der Emigration keineswegs. Ebenso leicht wären die Mittel aufzubringen. Wenn jeder der mehr als 20 Millionen politisch und gewerkschaftlich Organisierten im Jahre nur einen Franken aufbrächte, wären das 20 Millionen Schweizerfranken, 4,3 Millionen Dollar oder annähernd 1 Million Pfund. Was könnte bei vernünftiger und haushälterischer Organisation damit geleistet werden! Der Leitgedanke der Organisation müßte sein, daß das Prinzip der kollektiven Forschungsarbeit endlich einmal in großem Maßstabe erprobt würde. Es gelangt auf den bürgerlichen Hochschulen nur für die exakten Wissenschaften zur Anwendung. Die Physik, Chemie und Medizin konnten ja nur mit Hilfe der Kollektivarbeit in den Laboratorien und Kliniken ihren enormen Aufschwung nehmen. Planvolle Zusammenarbeit wurde allenfalls noch auf dem Gebiet der Nationalökonomie und der Staatswissenschaften, vor allem der Militärwissenschaft, geleistet; in der Geschichte und Kulturgeschichte herrschte dagegen individualistische Zerfahrenheit, die nur in dem Interesse des Klassenstaates und der herrschenden Adels-, Beamten- und Geldaristokratie ihre Schranken fand. Der zu schaffende sozialistische Forschungsapparat hätte sich vor allem mit allen sozialen Wissenschaften zu befassen, deren dringlichste Aufgaben von einem Gründungs- und Leitungskomitee zu bestimmen wären, das aus den intelligentesten, universellsten und initiativsten Köpfen des internationalen Sozialismus zusammensetzen wäre. Die Einzelaufgaben wären dann auf Forschungsgruppen zu verteilen, die ihrerseits, in engem Kontakt sämtlicher Forschungsgruppen und unter ständiger Kontrolle des Zentralkomitees, ihre Arbeit in rationellster kollektiver Gemeinschaftsarbeit aufzunehmen und in beschleunigtem Tempo durchzuführen hätten. Wertvolle Leistungen, zu denen heute der sozialistische Einzelforscher fünf oder zehn Jahre benötigt, könnten bei entsprechend organisatorischer Kollektivarbeit in ebensoviel Monaten bewältigt werden. So könnte der Sozialismus durch seinen Forschungsapparat schon in überraschend kurzer Zeit jenes lückenlose zeitgeschichtliche Weltbild erhalten, das ihm allein weltgeschichtliche Aktionskraft ermöglicht. Wäre es nicht höchste Zeit, sofort an die Verwirklichung dieser eigentlich so selbstverständlichen Aufgabe heranzugehen?
